



Rudolstadt, den 22. 9. 76

27
BStU
000034

An den
Staatsrat der DDR

102 Berlin

Marx-Engels-Platz 2

Betrifft: Aberkennung der Staatsbürgerrechte ~~der~~ DDR

Hiermit möchte ich meine Gedanken und Meinung zur Aberkennung der Staatsbürgerrechte der DDR realisieren.

Im Mai 1976 stellte ich beim Rat des Kreises Pößneck Abt. Inneres einen Antrag auf Ausreise in die BRD. Ich habe lange Zeit und unter objektiven Gesichtspunkten geprüft, bevor ich mich zu diesem Antrag entschloß.

Ich war mir darüber völlig im klaren, daß ich auf Widerstand innerhalb der Familie und Gesellschaft stoßen werde. Weil mir ein langer, sicherlich auch bürokratischer Bearbeitungsweg bevorstand, wollte ich mich in für mich unbelastender Umgebung darauf vorbereiten.

Ich fuhr deshalb am 15. 08. 76 nach Wittenberge, um mich in fremder Umgebung nach Arbeit zu erkundigen. Nach einer Ausweiskontrolle und der Frage, ob ich einen Antrag auf Ausreise gestellt habe, die ich wahrheitsgemäß beantwortete, nahm man mich fest. Bei der Kriminalpolizei belastete man mich mit frei erfundenen Tatsachen. Daraufhin legte ich sofort gegen meine Inhaftierung Haftbeschwerde ein. Diese wurde vom Bezirksgericht Schwerin wiederum mit frei erfundenen Tatsachen abgelehnt. Ich habe mich am 5. 9. 76 entschlossen, sie in Kenntnis zu setzen. Dieser Eingabe aber versperrte man mit primitivsten Mitteln den Weg.

Hiermit möchte ich Ihnen mitteilen, daß ich mit dem heutigen Tag keinen Wert mehr darauf lege, die Staatsbürgerrechte eines Staates zu genießen, der meine persönliche Entwicklung frei nach eigenem Ermessen mit politischen Repräsalien beeinflusst.

gez. Henri Weise



- 2 -

BStU 28
000035

Nachsatz:

Ich erwarte ihren Bescheid laut Eingaberecht am
05. 10. 76. Falls dieses Schreiben nicht in die richtigen
Hände gelangt, bitte ich meine Informationsmöglichkeiten
als Untersuchungsgefangener zu berücksichtigen und bitte
darum, daß diese Eingabe an Herrn Minister Dickel weiterge-
leitet wird.